

stigen Gemeinschaft, die die faschistische und die nationalsozialistische Bewegung verbindet. Sie ist ein Symbol der inneren Zusammengehörigkeit der großen Werke, die durch den Kampf der beiden Bewegungen aufgebaut und mit ihren Ideen erfüllt wurden: des faschistischen Imperiums Benito Mussolinis und des Dritten Reiches Adolf Hitlers.

Rudolf Hess Mittwoch in Rom

Teilnahme an der Feier des Marsches auf Rom. — Anschließend Subitalienreise

Die Nationalsozialistische Parteikorrespondenz meldet: Der Stellvertreter des Führers, der einer Einladung des italienischen Regierungschefs folgend, an der Spitze der Abordnung der NSDAP an der 15-Jahr-Feier des Marsches auf Rom teilnimmt, wird im Laufe des Mittwochnachmittags in Rom eintreffen.

Der Stellvertreter des Führers ist eingeladen worden, im Anschluss an seinen Aufenthalt in Rom noch einige Tage in Süditalien zu verdrängen. Rudolf Hess wird dieser Einladung Folge leisten.

Feierlicher Empfang durch die Schwarzhemden

Unter großen Ueberschriften wird in der italienischen Presse die Teilnahme der ersten amtlichen Delegierten der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei an den Feiern des Jahrestages des Marsches auf Rom angekündigt. Es wird mitgeteilt, daß Parteisekretär Staatsminister Starace und der Stabschef der Faschistischen Miliz den Stellvertreter des Führers und die übrigen Mitglieder der amtlichen Abordnung der NSDAP, auf dem festlich geschmückten römischen Hauptbahnhof am Mittwochnachmittag 3 Uhr empfangen und durch ein dichtes Spalier von Schwarzhemden zu ihrem Hotel begleitet werden. Abordnungen sämtlicher Sektionen und Organisationen des faschistischen Rom werden mit ihren Standarten und Wimpeln zur Begrüßung erscheinen. Desgleichen wird die Garzifon Rom durch Abordnungen aller Wassengattungen vertreten sein. Mit lebhaftester Gemütsregung spricht die römische Presse davon, daß die deutschen Ehrengäste während ihres Aufenthalts in der Hauptstadt des Faschismus an allen Feiernlichkeiten des 15. Jahrestages des Marsches auf Rom teilnehmen werden.

Der Führer dankt dem Reichsportführer

Deutsche Sportler und Sportlerinnen beim Führer. Anlässlich des Geburtstages des Reichsportführers von Tschammer und Osten hatte der Führer am Montagabend die hervorragenden Sportler und Sportlerinnen als seine Gäste in die Reichskanzlei geladen. Zu Beginn des Abends sprach der Führer dem Reichsportführer seine Glückwünsche zu dessen Geburtstag aus und dankte ihm für seine erfolgreiche Arbeit im Dienst der körperlichen Erziehung des deutschen Volkes und im Kampf für die Weltgeltung des deutschen Sports. Dieser Dank gelte auch allen anwesenden deutschen Sportlern und Sportlerinnen, die durch ihre glänzenden Leistungen dazu beigetragen haben, das deutsche Ansehen in der Welt zu stärken und die Erziehung der deutschen Menschen zum Selbstbewusstsein zu fördern. Der Führer überreichte dem Reichsportführer als Geburtstagsgeschenk eine Bronzeplakette, die einen Jekunkämpfer darstellt.

Der Herzog von Windsor an den Führer

Beim Verlassen des deutschen Bodens spricht der Herzog von Windsor dem Führer telegraphisch seinen Dank aus für das Entgegenkommen, das er überall auf seiner Reise durch Deutschland und bei der Besichtigung seiner sozialen Einrichtungen fand. Der Führer sandte ein ebenso herzlich gehaltenes Antworttelegramm.

Bereitstellung von Arbeitskräften für die Erzeugungsschlacht

Kumulation des Bedarfs an Arbeitskräften bis 15. November. Die Sicherstellung der Ernährung des deutschen Volkes erfordert eine ausreichende Bereitstellung von Arbeitskräften für die Bearbeitung des deutschen Bodens. Eine befriedigende Lösung dieser wichtigen Aufgabe kann nur gelingen, wenn landwirtschaftliche Betriebsführer und Landarbeiter auch weiterhin ihre Kraft der deutschen Landwirtschaft zur Verfügung stellen. Die bisher beobachtete Reizung eines Teiles der ländlichen Bevölkerung, ihre auf dem Lande groß gewordenen Kinder zur Abwanderung in nichtlandwirtschaftliche Berufe zu veranlassen, ist ebenso zu verwerfen wie die noch bestehende Neigung eines Teiles der landwirtschaftlichen Betriebsführer, ihre Arbeiter in den Wintermonaten ohne zureichenden Grund zu entlassen. Vielmehr muß das landwirtschaftliche Arbeitsverhältnis in einer das ganze Jahr über dauernden Beschäftigung ausgebaut werden. Nur so erhalten wir einen landverbundenen, selbständigen Landarbeiter.

Bei der zunehmenden Verknappung an landwirtschaftlichen Arbeitskräften ist es Pflicht jedes Betriebsführers, soweit wie möglich seine Arbeiter auch den Winter über weiterzubehalten und bereits jetzt für das Jahr 1938 Dauerarbeitsverträge abzuschließen. Betriebsführer, die in den Wintermonaten unregelmäßige Entlassungen vornehmen, können mit der rechtzeitigen Stellung von Arbeitskräften nicht rechnen. Das in diesem Jahr von einem Teil der landwirtschaftlichen Betriebsführer geübte Verfahren der selbständigen Herbeiführung von ausländischen Arbeitskräften ist im höchsten Maße im Hinblick auf eine gerechte Verteilung auf die Gesamtlandwirtschaft nicht mehr möglich.

Landwirtschaftliche Betriebsführer, die für das Jahr 1938 landwirtschaftliche Arbeiter benötigen, werden hierdurch aufgefordert, sich umgehend mit dem zuständigen Arbeitsamt in Verbindung zu setzen und bei diesem auf den vorgeschriebenen Vordruck ihren Arbeitsbedarf für 1938 bis spätestens 15. November d. J. anzumelden. Die Arbeitsämter geben Auskunft über Voraussetzungen und Möglichkeiten des Durchhaltens über den Winter und der Wiederbeschaffung von zur Zeit im Betriebe beschäftigten Wanderarbeitern, über die Vermittlung von verheirateten und sonstigen Dauerarbeitskräften, über den Einsatz von Einzelhandels- und Landarbeitergruppen sowie über alle sonstigen Fragen des landwirtschaftlichen Arbeitsmarktes.

Zweiter französischer Dampfer versenkt

In der Nähe von Minorca durch Flugzeug. Das Pariser Havasbüro meldet aus Marseille, daß der vom französischen Kriegsmarineministerium der Luftfahrtgesellschaft Air France zur Verfügung gestellte französische Dampfer „Chasseur 91“ am Montag in der Nähe der Insel Minorca von einem unbekannten Flugzeug angegriffen worden und gesunken sei. Wie es heißt, befand sich auf dem Dampfer eine Besatzung von acht Mann, die gerettet worden sei.

1943/44 Reichsautobahnnetz fertig. Ende dieses Jahres 2000 Kilometer — Jährlich Bau von 1000 Kilometern

Bei einer von der Obersten Bauleitung Stuttgart veranstalteten Besichtigungsfahrt des Reichsautobahnnetzes Stuttgart—München, die am Sonnabend eröffnet wird, war auch der Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen, Dr.-Ing. Loh, anwesend. In einer Ansprache an die versammelten deutschen Pressevertreter machte er bemerkenswerte Ausführungen über die weitere Ausgestaltung und den endgültigen Ausbau des Reichsautobahnnetzes.

Jedochmal, so führte er u. a. aus, wenn wir eine neue Teilstrecke eröffnen, sagen wir uns: Die ist die schönste. Diesen Satz könne man im wahren Sinne des Wortes auf die jetzt fertiggestellte Reichsautobahn Stuttgart—München anwenden, die den für den Straßenbau so überaus schwierigen Alb-Anstieg in wahrhaft vorbildlicher und einzigartiger Weise bezwungen habe. Die Oberste Bauleitung werde sich bemühen, in den kommenden Jahren noch schönere Autobahnen zu bauen, denn, so betonte Dr. Loh ausdrücklich: Wir wollen erreichen, daß man auf den Straßen des Führers Deutschland von der schönsten Seite sieht.

Reichsautobahnen verkehrssichere Straßen

Dr. Loh kam dann auch die Frage der Unfälle auf den Reichsautobahnen zu sprechen. Gewiß gebe es auch auf ihnen Unfälle. Man habe sie statistisch erfasst und sei

im Durchschnitt auf nur ein Drittel der Unfälle gekommen, die sich auf gewöhnlichen Straßen ereignen. Das bedeute mithin, daß im Durchschnitt von 1000 Unfällen auf den Straßen Deutschlands nur etwa 300 auf die Reichsautobahn entfallen, so daß man mit voller Berechtigung sagen könne, Deutschland sei hier in starkem Maße der verkehrssicheren Straße nahegekommen.

Reichsautobahnring Frühjahr 1940 vollendet

Die Strecke, die jetzt eröffnet werde, schloß der Generalinspektor, gehörte zu den letzten 400 Kilometern, die im Laufe dieses Herbstes dem Verkehr freigegeben werden. Damit erreiche das Reichsautobahnnetz Ende dieses Jahres die beabsichtigte Länge von 2000 Kilometern. In den kommenden Jahren werde man jährlich weitere 1000 Kilometer fertigstellen, so daß etwa 1943/44 das gesamte Netz in einer Länge von 7000 Kilometern dem Verkehr übergeben werden könne. Von besonderem Interesse war noch die Feststellung Dr. Lohs, daß bereits in zweieinhalb Jahren, nämlich im Frühjahr 1940, der große Reichsautobahnring durch Deutschland vollendet sei. Man könne dann in ununterbrochener Fahrt auf Reichsautobahnen von Berlin über Hannover, das Ruhrgebiet, Köln, Frankfurt, Karlsruhe, Stuttgart, München, Nürnberg und Leipzig nach Berlin zurückfahren.

Prager Rechtsverdrehung

Teplitzer Skandal an den Immunitätsausschuß abgeschoben

Um die ungläublichen Mißhandlungen subdeutscher Abgeordneter durch tschechische Polizisten zu rechtfertigen, hat die Prager Regierung jetzt eine amtliche Erklärung veröffentlicht, in der sie die Unversehrtheit hat, zu erklären, daß der „Krawall von Teplitz“ ein „Vorgehen allzu temperamentvoller Abgeordneter gewesen wäre“. Wenn dabei Sicherheitsorgane gegen Personen eingeschritten seien, die ihnen zunächst nicht bekannt waren, so stelle sich der ganze Zwischenfall lediglich als eine Frage der Abgeordnetenimmunität dar. Das soll heißen, daß die Regierung die Angelegenheit dem Immunitätsausschuß des Prager Parlaments vorlegen und ihn den ordentlichen Gerichten entziehen will.

Eine Regierung, die vorgibt, die „demokratischen Ideale“ zu verteidigen, nimmt also eine bewußte Rechtsverdringung vor. Vor dem Immunitätsausschuß werden dann die prügeln den Polizeibeamten als unschuldige Opfer aufrührerischer Elemente hingestellt werden. Diese niederträchtige Verdrehung der Tatsachen, die der tschechischen Willkür Vorschub leisten soll, wird voraussichtlich dann die Begründung dazu abgeben, weshalb man den 481 subdeutschen Gemeinden die Teilnahme an den Gemeindefestlichkeiten verweigert.

Subdeutscher in Untersuchungshaft gestorben

Der Bezirksleiter der SDP, Josef Kofel aus Gleschtal im Böhmergebirge, der vor einiger Zeit von der tschechischen Polizei verhaftet worden ist, ist im Gefängnis in Troppan gestorben.

Die Massenmorde der Sowjet „Justiz“

In einer Woche: 223 Todesurteile und Erschießungen

Den neuesten Ausgaben einer Reihe von sowjetischen Provinzialblättern ist zu entnehmen, daß in den letzten Tagen 32 neue Todesurteile gefällt worden sind: Laut „Pravda Moskva“ vom 18. Oktober wurden in Leningrad vier subdeutsche Nationalisten erschossen. Das gleiche Blatt meldet unter dem 20. Oktober, daß vier weitere Urteile unter der Beschuldigung, sich an antikommunistischen Unruhen beteiligt zu haben, zum Tode verurteilt wurden. Nach der Zeitung „Krasny Rabochij“ wurden am 20. Oktober fünf Funktionäre aus dem Gebiet Swerdlowsk als „Trotzkisten“ erschossen. Die Zeitung „Tscheljabinskaja Swesda“ teilt mit, daß im Gebiet Chabarowsk drei Angehörige eines Getreidekontors wegen „Schändlingsarbeit“ erschossen worden sind. Laut „Leninградская Pravda“ vom 18. Oktober wurden vier Funktionäre des Leningrader Gebietes wegen Sabotage zum Tode verurteilt.

Insgesamt können für die vergangene Woche zweihundert dreißig bis vierhundert Todesurteile und Erschießungen festgehalten und auf das bolschewistische Terrorkonto verbucht werden.

Merkwürdiges Manöver Moskaus

Drohung mit dem Verlassen des Londoner Nicht-einmischungsausschusses

Der russische Vorkäufer Maslky hat nach Mitteilung der englischen Zeitung „Evening Standard“ Instruktionen erhalten, die russische Beteiligung an der Ertragung der Unkosten des Londoner Nicht-einmischungsausschusses bei nächstpassender Gelegenheit abzulehnen. Er habe Auftrag erhalten, ehe er das tut, sich mit dem auswärtigen Amt in London in Verbindung zu setzen, um festzustellen, wann man dort die Ueberreichung der Note für zweckmäßig erachtet.

Diese eigentümliche Form der Ankündigung erschwert die politische Beurteilung des Ernstes dieser neuen russischen Drohung erheblich. Was sich aber daraus und ohne Frage zu ergeben scheint, ist, daß Rußland die Ausschussarbeit in einer möglichst unerwarteten Form unter Druck setzen möchte. Ob es sich aber bei dieser Ankündigung, die in der Presse erfolgt ist, um die endgültige Absicht handelt, die Ausschussarbeit in die Luft zu sprengen, muß abgewartet werden.

Zu der von der englischen Zeitung verbreiteten Nachricht, daß Sowjetrußland seinen Rücktritt aus dem Nicht-einmischungsausschuß angemeldet habe, bemerkt man in französischen unterrichteten Kreisen, daß es sich vorläufig nur um die Mitteilung Sowjetrußlands handele, daß es sich fernerhin nicht mehr an den Kosten dieses Ausschusses beteiligen wolle und es enthält sich vorläufig jeder weiteren Stellungnahme dazu. Die englische Regierung ließ erklären, daß ihr nichts davon bekannt sei.

Rücktritt van Zeelands

Auf Grund von Beschuldigungen gegen seine frühere Tätigkeit als Vizegouverneur der Nationalbank

Der belgische Ministerpräsident van Zeeland hat, wie aus Brüssel gemeldet wird, sein Amt niedergelegt. Nach Beendigung eines Kabinettsrats wurde amtlich seitens bekanntgegeben, daß die Regierung van Zeeland beschlossen habe, zurückzutreten.

Wie aus Brüssel weiter berichtet wird, waren entscheidend für den Rücktrittsvorschlag van Zeelands die Beschuldigungen, die gegen ihn im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit als Vizegouverneur der Nationalbank von Belgien in den Jahren 1932/33 gemacht wurden und gegen die sich Ministerpräsident van Zeeland zu verteidigen beabsichtigt. Die Beschuldigungen betreffen angebliche Gehaltszahlungen an die Presse und an hohe Beamte für „besondere Dienste“. Es wird in Brüssel nicht damit gerechnet, daß der Rücktritt van Zeelands wesentliche Veränderungen im belgischen Kabinett zur Folge haben wird, da keine politischen Hintergründe vorliegen. Es besteht die Möglichkeit, daß der neue Ministerpräsident aus den Reihen des jetzigen Kabinetts bestimmt wird.

Die Hintergründe der Brüsseler Affären

van Zeeland ist, wie in der belgischen Presse erklärt wird, das Opfer der jüdischen Verräterclique Varmat und Genossen, aber auch der wenig glücklichen, zum Teil statutarisch bestimmten Politik der Nationalbank von Belgien geworden. Die Frage einer unrechtmäßigen persönlichen Verweigerung van Zeelands ist in diesem Zusammenhang nicht einmal aktuell, und selbst seine politischen Gegner haben bisher nicht gewagt, nach dieser Richtung gehende Behauptungen aufzustellen. Fest steht jedoch, daß die bekannten Kredite an die Barmaatbank Goldzieher u. Penso und Noorderbank von der Nationalbank zu einer Zeit erteilt wurden, in der van Zeeland als Vizegouverneur dieses Instituts auch entsprechend an der Verantwortung mitbeteiligt war. Diese betrügerischen Transaktionen Varmats bedeuten für die Nationalbank den glatten Verlust von 32 Millionen Francs, die angesichts der wirklich skandalösen Tatsache, daß man dem Großbetrüger Varmat in unverständlicher Weise auch noch die Gelegenheit bot, in seinem Besitz befindliche Werte und vor allem die eigene Haut in Holland in Sicherheit zu bringen, auch wohl als unwiederbringlich verloren angesehen werden können.

Ob van Zeeland persönlich von den Transaktionen mit Varmat Kenntnis gehabt haben mag oder nicht, vermag auf seine Mitverantwortlichkeit keinen Einfluß auszuüben. Dazu kommt erschwerend, daß die in aller Öffentlichkeit aufgestellte Behauptung, daß van Zeeland entgegen seinen anderslautenden Erklärungen, denen zufolge Varmat ihm persönlich unbekannt sei, seinerzeit mit Varmat dinkert habe, bis heute noch nicht dementiert worden ist.

So branden die Wogen der innerpolitischen Erregung in Belgien wieder hoch empor, nachdem gerade die letzten Monate eine wachsende Konsolidierung gebracht hatten. Der parlamentarische Gedanke erscheint in Belgien erneut stark diskreditiert.

Gouverneur der belgischen Nationalbank beurlaubt

Wegen der Unregelmäßigkeiten bei der Bank

Der belgische Finanzminister hat dem Gouverneur der Nationalbank, Staatsminister Louis Franc, auf dessen Ersuchen einen dreimonatigen Urlaub gewährt. Franc hat diesen Urlaub bereits angetreten.

Diese amtliche Mitteilung steht, wie man annimmt, im Zusammenhang mit der gerichtlichen Untersuchung, die vor einigen Tagen wegen gewisser bankmäßiger Unregelmäßigkeiten gegen die Leitung der Nationalbank eingeleitet worden ist.

Spielzeug in den Klauen des jüdischen Gauners

Neues Opfer des Millionenchwunders Varmat

General Etienne, dessen Namen schon wiederholt im Zusammenhang mit der Varmat-Affäre genannt wurde, hat Selbstmord verübt. Der belgische General hatte sich nach seiner Pensionierung mit Finanzangelegenheiten beschäftigt und war dabei in die Fangarme des Juden Varmat geraten. Die Enthüllungen, die der Varmat-Prozess gebracht hat, haben gezeigt, daß der General ein Spielzeug in den Händen des internationalen jüdischen Gauners gewesen ist.